

# ISOR aktuell

Nummer 9/2005 ★ 13. Jahrgang ★ Infopreis 0,00 Euro ★ September 2005

Mitteilungsblatt  
der Initiativegemeinschaft  
zum Schutz der sozialen Rechte  
ehemaliger Angehöriger  
bewaffneter Organe und  
der Zollverwaltung der DDR e.V.

## Erklärung des Vorstands der ISOR e.V. zum 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD

Wer immer Bilanz über die seit dem 3. Oktober 1990 vergangenen Jahre zieht, wird das individuell sicher sehr unterschiedlich tun.

Unstrittig bleibt, dass die Ursache für viele Probleme des heutigen Deutschland darin besteht, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten und der auf ihren Territorien lebenden Menschen nicht wirklich stattgefunden hat.

Der kleinere, wirtschaftlich schwächere Teil Deutschlands wurde von den Siegern des Kalten Krieges einverleibt. Anfängliche Illusionen vieler Menschen im Osten zerbarsten an der Realität von Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, angesichts des Verlustes und des weiteren Abbaus sozialer Sicherheit, der Überstülpung des profitorientierten Gesundheitswesens und eines antiquierten Bildungssystems sowie der Besetzung praktisch aller Schlüsselpositionen in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und Kultur durch Westimporte.

In Deutschland gilt auf vielen Gebieten zweierlei Recht. Ein ganzes Bündel von Sondergesetzen führte zur Benachteiligung, Entrechtung und Ausgrenzung von Ostdeutschen, darunter auch zur sozialen und politischen Diskriminierung beachtlicher Bevölkerungsgruppen.

Eine Welle der politisch motivierten Verfolgung mit mehr als 100.000 Ermittlungsverfahren konnte mit ihrem mageren Ergebnis von etwa 300 fragwürdigen Verurteilungen ihre zu meist zweifelhaften juristischen Grundlagen nicht verdecken und ihr Ziel, die sozialistische Ordnung der DDR zu kriminalisieren, nicht erreichen.

Hätte am 3. Oktober 1990 tatsächlich eine Vereinigung stattgefunden, hätte ISOR e.V. nicht gegründet werden müssen. Unser politischer und juristischer Kampf konnte zwar die durch die sog. Systementscheidung begründete Versorgungsungerechtigkeit zwischen beiden Teilen Deutschlands nicht beseitigen, hat aber maßgeblich dazu beigetragen, dass die Mehrzahl der ehemaligen Angehöriger der

NVA, des Mdl und der Zollverwaltung der DDR heute akzeptable Renten erhalten und diskriminierende Rentenregelungen für die ehemaligen Angehörigen des MfS abgeschwächt wurden. Es spricht zugleich nicht für das politische System des heutigen Deutschland, dass solche Ergebnisse erst nach langjährigem Kampf, nur auf der Basis bemerkenswert unabhängiger Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes erreicht werden konnten und nicht Ergebnis einer vernünftigen, auf Ausgleich orientierten Politik sind.

Auch heute noch ist der Kampf der ISOR e.V. weiter dringend nötig, um Regelungen im Rentenrecht durchzusetzen, die seit Bismarck in Deutschland (ausgenommen die Zeit des Hitlerfaschismus) als selbstverständlich galten: Wertneutrale Renten nach eingezahlten Beiträgen.

Im Juni dieses Jahres setzte sich eine erdrückende Mehrheit des Deutschen Bundestages über eindeutige Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes hinweg und bestätigte bei der Novellierung des AAÜG nicht nur ihren Willen zum Festhalten am Strafrechtssystem sondern schuf auch noch neue Kategorien von Strafrechtlern. Was demagogisch als Sieg der Demokraten gefeiert wurde, ist in Wahrheit ein billiger Racheakt, die Pflege eines Feindbildes angesichts eigenen Versagens im Prozess der Vereinigung. Über den grundgesetzwidrigen Gehalt dieser Gesetzesänderung und die Notwendigkeit neuer verfassungsrechtlicher Klagen bestehen unter namhaften Juristen keine Zweifel.

15 Jahre »deutsche Einheit« sind auch 15 Jahre Verteufelung der DDR und der Entwertung ostdeutscher Biografien und Erfahrungen, vor allem mittels Diffamierung der DDR-Grenztruppen und des zur Inkarnation alles Bösen hochstilisierten MfS.

Weitgehend gleichgeschaltete Medien sowie diverse Stiftungen und Gedenkstätten vergiften die öffentliche Atmosphäre mit offenkundigen Lügen und einer Flut von Halbwahrheiten. Bescheidene Ansätze einer objektiver-

en und sachlicheren Auseinandersetzung mit der Geschichte der beiden deutschen Staaten und ihrer Rolle im Kalten Krieg bleiben der breiten Öffentlichkeit verborgen. Kritische und selbstkritische Äußerungen ehemaliger Verantwortungsträger der DDR und ihrer bewaffneten Organe werden kaum wahrgenommen oder pauschal verleumdet.

In einer regelrechten Erinnerungsschlacht wird immer wieder versucht, die DDR als »Zweite deutsche Diktatur« mit dem Terrorregime des faschistischen Deutschland gleichzusetzen wobei die Verbrechen des Faschismus bagatellisiert und die DDR auch noch als die schlimmere der beiden Diktaturen erscheinen soll.

Kern dieser Bestrebungen ist weiterhin bornierter Antikommunismus. Es ist besorgniserregend, wenn die entstehende Linkspartei durch die meinungsbildenden Medien nicht nur als populistisch oder demagogisch attackiert, sondern auch noch als »Faschismus von links« etikettiert wird. Bezeichnenderweise kommt dieser Begriff von den gleichen Medien, die sonst das Wort »Faschismus« meiden wie die Pest und dafür aus durchsichtigen Gründen liebend gern von »Nationalsozialismus« sprechen.

ISOR e.V. ist als Sozialverein unabhängig von politischen Parteien. Da jedoch sowohl die CDU/CSU, als auch FDP, SPD und »Grüne« – mit Ausnahme einzelner real denkender Politiker – sich als Verfechter des Rentenstrafrechts und des allgemeinen Sozialabbaus – auch und gerade zu Lasten der Rentner – profiliert haben, ist eine Unterstützung dieser Parteien mit den Interessen der Mitglieder und der von ISOR vertretenen Personenkreise nicht vereinbar.

ISOR e.V. begrüßt die Bestrebungen zum Zusammenschluss von PDS und WASG und unterstützt deren Kandidaten für die bevorstehende Bundestagswahl, verknüpft mit der Hoffnung auf eine starke Opposition als Vertretung der arbeitenden Menschen, der Arbeitslosen, sozial Schwachen und der Rentner.

ISOR e.V. wird auch weiterhin ein verlässlicher Partner aller politischen Kräfte und parteiübergreifend auch solcher Einzelpersonlichkeiten sein, die sich für soziale Gerechtigkeit engagieren und ihren politischen und juristischen Kampf konsequent bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts fortsetzen – als unverzichtbaren Beitrag für inneren Frieden in Deutschland und eine wirkliche, auf eine lebenswerte Zukunft gerichtete Vereinigung der Deutschen in Ost und West.

### Berichtigung

In dem Beitrag „Das neue E-3-Gesetz« in **ISOR aktuell** Nr. 7/05, Abschnitt »Inkrafttretung und Nachzahlung« ist da unter Ziff. 1 zweimal aufgeführte Datum »1. Juli 2005« in »1. Juli 2004« zu ändern.

## Kandidaten für die Wahl des ISOR-Vorstands am 12. November 2005

(Stand: 24. August 2005)

### Becker, Willi (55)

Diplombetriebswirtschaftler;  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Major / Mitglied der ISOR seit Sept. 1997;  
Mitglied des gegenwärtigen Vorstands;  
Landesbeauftragter / TIG Erfurt

### Bischoff, Horst (69)

Diplomkriminalist, Prof. Dr. sc. jur.  
bis 1990: Zollverwaltung der DDR, letzter Dienstgrad:  
Zollhauptinspekteur / Gründungsmitglied der ISOR;  
langjähriges Mitglied des ISOR-Vorstands; Stellvertreter  
des Vorsitzenden / TIG Berlin-Weißensee

### Dylla, Gerhard (73)

Dr. rer. oec.  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Mitglied der ISOR seit  
1991; langjähriges Mitglied des ISOR-Vorstands;  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

### Edelmann, Wolfgang (69)

Diplomphilosoph, Prof. Dr. sc. jur.  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberst / Gründungsmitglied der ISOR;  
langjähriges Mitglied des ISOR-Vorstands; Stellvertreter  
des Vorsitzenden / TIG Potsdam-Groß-Glienicke

### Eismann, Horst (67)

Diplomlehrer  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Major / Mitglied der ISOR seit: Nov. 1991;  
Mitglied des gegenwärtigen Vorstands; Landesbeauftragter  
/ TIG Dresden

### Felgner, Siegfried (72)

Diplomjurist  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Gründungsmitglied der  
ISOR; Mitglied des gegenwärtigen Vorstands; Landes-  
beauftragter / TIG Schwerin

### Hartrampf, Horst (65)

Diplomgesellschaftswissenschaftler  
bis 1990: Ministerium des Innern, letzter Dienstgrad:  
Chefinspekteur / Gründungsmitglied der ISOR; lang-  
jähriges Mitglied des ISOR-Vorstands / TIG Neustrelitz

### Kranz, Herbert (65)

Diplomingenieur  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter Dienst-  
grad: Oberstleutnant / Mitglied der ISOR seit 1994;  
Mitglied des gegenwärtigen Vorstands;  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

### Parton, Horst (69)

Diplomgesellschaftswissenschaftler  
bis 1990: Ministerium des Innern, letzter Dienstgrad:  
Polizeirat / Gründungsmitglied der ISOR; langjähriges  
Mitglied des ISOR-Vorstands; Vorsitzender / TIG Cottbus

### Röseberg, Gerd (72)

Diplomstaatswissenschaftler  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter Dienstgrad:  
Polizeidirektor / Mitglied der ISOR seit Sept. 1991; Mit-  
glied des gegenwärtigen Vorstands; Landesbeauftragter  
TIG Cottbus

### Rothe, Rainer (65)

Dr. jur.  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberst / Mitglied der ISOR seit Dez. 1992  
TIG Berlin-Mitte

### Schmidt, Wolfgang (66)

Diplomkriminalist  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Gründungsmitglied der  
ISOR; Mitglied des gegenwärtigen Vorstands;  
Schriftführer / TIG Berlin-Hohenschönhausen

### Scheffel, Rolf (64)

Dr. jur.  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberst / Mitglied der ISOR seit Nov. 1991  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

### Speck, Hans-Peter (64)

Finanzökonom  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Mitglied der ISOR seit  
Dez. 1992; Mitglied des gegenwärtigen Vorstands; Kas-  
senverwalter / TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst

### Stuchly, Wolfgang (71)

Dr. jur.  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Gründungsmitglied der  
ISOR; Mitglied des gegenwärtigen Vorstands; Presse-  
sprecher / TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst

### Wittstock, Dieter (58)

Diplomingenieur  
bis 1990: Ministerium für Staatssicherheit, letzter  
Dienstgrad: Oberstleutnant / Mitglied der ISOR seit  
März 1993; Mitglied des gegenwärtigen Vorstands;  
Landesbeauftragter / TIG Merseburg

*Bewerbungen für die Kandidatur können noch bis 30.09.05 bei der Geschäftsstelle eingereicht werden. (Vgl. ISOR aktuell 4/05, Seite 2)*

## Herausgabe der Daten des Bundes- verwaltungsamtes verweigert

Von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Stellv. Vorsitzender der ISOR e.V.

1999 hat das Bundesverfassungsgericht den ehemaligen Angehörigen des MfS bekanntlich vorgehalten, im Vergleich mit der Volkswirtschaft überhöhte Einkommen bezogen zu haben. Es hat jedoch die Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte für verfassungsgemäß gehalten, weil ihm das Ausmaß der Überhöhung nicht genau bekannt war und das MfS statistische Unterlagen angeblich nicht hinterlassen hat. Außerdem hat das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber von Verfassungen wegen nicht verpflichtet, die tatsächlichen Einkommensverhältnisse im MfS zu klären. Es hat also insoweit die Ungleichbehandlung der ehemaligen Angehörigen des MfS gegenüber allen übrigen Rentnern in Deutschland gebilligt. 2004 hat das Bundesverfassungsgericht mit Hinweis auf

die angebliche Unvollständigkeit der Gutachten von Prof. Dr. Kaufmann (Jena) und Dr. Napierkowski (Berlin) an seinem Urteil von 1999 festgehalten.

Während das Bundesverfassungsgericht das für die übrigen Staatsnahen der DDR geltende Rentenstrafrecht als verfassungswidrig zurückgewiesen hat, weil der Gesetzgeber der BRD nicht nachgewiesen hat, dass sie überhöhte Einkommen erzielt haben, verfährt es mit den ehemaligen Angehörigen des MfS genau umgekehrt. Sie müssen beweisen, dass die Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung darstellt.

Trotzdem lassen sich die Betroffenen mit Unterstützung von ISOR e.V. nicht entmutigen. Sie werden den eigentlich vom Gesetzgeber zu

erbringenden Beweis führen, in welchem Verhältnis das Einkommen im MfS zu dem in der Volkswirtschaft tatsächlich gestanden hat und dabei auch den Vergleich mit der NVA und dem Mdl anstellen. Entsprechend der 2001 beschlossenen Konzeption führen wir den Kampf gegen das Rentenstrafrecht fort.

Dabei bietet sich ein merkwürdiges Bild von »Rechtsstaatlichkeit«.

Die statistischen Unterlagen des MfS befinden sich im Besitz der BIRTHLER-Behörde. Erst der massenhafte Protest der Betroffenen hat schließlich dazu geführt, dass im September die Einsichtnahme in diese Unterlagen beginnen kann (vgl. ISOR aktuell 3 und 7/05).

Die Nachweise über die tatsächliche Höhe des Einkommens im MfS sind in mehr als 2/3 aller Fälle durch das Bundesverwaltungsamt amtlich durchgeführt und elektronisch gespeichert. Nach vorher vergeblichen Bemühungen der Rechtsanwälte und Gutachter hatte ein Brief des ISOR-Vorstands im Juni 2004 an den

► Fortsetzung auf Seite 3

### ► Fortsetzung von Seite 2

Bundesinnenminister Schily im Dezember endlich zur Aufnahme von Gesprächen mit dem Bundesverwaltungsamt über die Herausgabe der Daten geführt. Dabei wurde zweierlei deutlich: Die elektronisch gespeicherten Daten könnten ohne besonderen Aufwand übermittelt werden. Aber die maßgeblichen Beamten suchten verbissen nach Argumenten, dies zu verhindern. Jetzt glauben sie, die Lösung gefunden zu haben.

Der Antrag des ISOR-Vorstands an das Bundesverwaltungsamt auf Herausgabe der Daten wurde mit einem Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 1. August 2005 abgelehnt. Unterschrieben hat der Urlaubsvertreter eines Referatsleiters. Nach dem StUG (Stasiunterlagengesetz) sei die Weitergabe von Daten, die dem Bundesverwaltungsamt durch die Birthlerbehörde (BStU) auf der Grundlage von Ersuchen nach § 20 Abs. 1 Nr. 9 StUG erteilt wurden, unzulässig. In dieser Vorschrift ist geregelt, dass Unterlagen des MfS zum Zweck der Anerkennung von Beschäftigungszeiten, Zahlung und Überführung von Renten ehemaliger Angehöriger des Staatssicherheitsdienstes in

dem erforderlichen Umfang verwendet werden dürfen. Weiter heißt es in dem Schreiben, jeder Mitarbeiter könne selbst oder durch seinen Anwalt Einsicht in seine Besoldungsunterlagen nehmen. Sehr unbestimmt heißt es auch, im Gerichtsverfahren könne das Gericht aufgrund der vorgenannten Vorschrift Ersuchen stellen.

So funktioniert unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit eine stillschweigende Einmütigkeit der Fortsetzung des Rentenstrafrechts für die ehemaligen Angehörigen des MfS: Das Bundesverfassungsgericht vermutet überhöhtes Einkommen und überlässt es den Betroffenen zu klären, wie es tatsächlich und zwar bezogen auf das MfS insgesamt – nicht etwa im jeweiligen Einzelfall – war. Der Gesetzgeber beruft sich darauf, dass er zur Klärung nicht verpflichtet wurde. Die Beamten verstecken sich hinter dem StUG, nach dem es angeblich nicht zulässig ist, dem Betroffenen oder seiner Interessenvertretung – nämlich ISOR e.V. – die Daten herauszugeben, welche zur Erfüllung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nötig sind. Die Gerichte bleiben untätig, weil auch der Gesetzgeber dazu nicht verpflichtet wurde.

Das dürfen wir nicht hinnehmen, dass die uns auferlegte Beweisführung durch Beamte hintertrieben wird. Deshalb hat sich der Vorstand erneut mit aller Konsequenz mit Schreiben vom 25.08.05 an den Innenminister und die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des MfS/AfNS der ehemaligen DDR gewandt, in dem unsere Anträge in konkretisierter Weise erneuert wurden. **Jeder Betroffene sollte jetzt erneut selbst aktiv werden. Mit Briefen an den Petitionsausschuss des Bundestags muß das Recht eingefordert werden, dass die zur gleichberechtigten Überführung der Renten der ehemaligen Angehörigen des MfS erforderlichen Daten des Bundesverwaltungsamtes herausgegeben werden.** Von den Beamten auch vorgeschobene Gründe des Datenschutzes bestehen schon deshalb nicht, weil die für die statistische Auswertung erforderlichen Daten vollkommen anonym, also ohne Bezug auf die jeweilige Person benötigt werden. **In gleicher Weise sollte die Herausgabe der Daten auch in Briefen an den Bundesinnenminister und die Birthler-Behörde gefordert werden.**

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

### zum 93. Geburtstag:

Lieselotte Hapke, Cottbus  
Margarete Maczjewski, Suhl

### zum 91. Geburtstag:

Erhard Helbig, Bln.-Prenzl. Berg  
Rudolf Schuckel, Halberstadt

### zum 89. Geburtstag:

Erich Mulansky, Bln.-Pankow

### zum 88. Geburtstag:

Hugo Beck, Trusetal  
Herbert Brömmer, Stralsund  
Annemarie Buchheim, Bernau  
Paul Mergner, Leipzig  
Walter Weidner, Gera

### zum 87. Geburtstag:

Werner Juckel, Lübben  
Heinz Meuche, Dresden  
Artur Palm, Schönebeck  
Käthe Pawliki, Halberstadt  
Siegfried Riedel, Bln.-Treptow  
Lieselotte Thoms, Rostock  
Otto Trötscher, Bln.-Hellersdorf

### zum 86. Geburtstag:

Kurt Bendix, Jena  
Charlotte Eberlein, Bln.-Marzahn  
Ernst Heidrich, Bln.-Marzahn  
Erika Hering, Leipzig  
Edwin Maseberg, Strausberg  
Herbert Mieth, Magdeburg  
Hildegard Schmidt, Bln.-Fr'felde  
Georg Stenzel, Chemnitz  
Hildegard Vonnoh, Quedlinburg

### zum 85. Geburtstag:

Franz Borys, Cottbus  
Horst Clauß, Bernburg

Kurt Furkert, Dresden

Helmut Gaudig, Magdeburg  
Erich Hähnel, Bln.-Marzahn  
Arthur Jautze, Bln.-Fr'hain  
Hildegard Jungmeister, Lawalde  
Grete Kloska, Sandersdorf  
Günter Lapoehn, Cottbus  
Gerda Nickel, Fürstenwalde  
Herbert Schwabe, Bln.-Köpenick  
Richard Volmer, Altlandsberg

### zum 80. Geburtstag:

Gerhard Clauß, Cottbus  
Heinz Döhler, Chemnitz  
Käte Fischer, Hettstedt  
Else Freye, Halle  
Rudolf Genschow, Bln.-Marzahn  
Heinz Gest, Bln.-Hellersdorf  
Prof.Dr.Klaus Hannemann, Dresden  
Margarete Kistowski, Bln.-Marzahn  
Erwin Köthke, Salzwedel  
Walter Loeffler, Cottbus  
Helmut Mitzscherlich, Dresden  
Brunhilde Noske, Dresden  
Georg Rempt, Wandlitz  
Margarete Sauer, Dresden  
Elfriede Seckel, Dresden  
Charlotte Stäglich, Gräfenhain  
Anneliese Würzberger, Bln.-Hellersdorf.

### zum 75. Geburtstag:

Dr. Klaus Bache, Greifswald  
Richard Bauditz, Cottbus  
Georg Bellig, Schwarzenberg  
Günther Blohsei, Magdeburg  
Horst Blumenfeld, Leipzig  
Horst Bönicke, Bln.-Lichtenberg  
Rudolf Brasching, Potsdam-West  
Joachim Bringezu, Bln.-Treptow

Ilse Brettschneider, Spreeau

Wilfried Burkhardt, Plauen  
Heinz Dalluhn, Rostock  
Brigitte Döhling, Dresden  
Helga Dost, Königs Wusterth.  
Willi Drescher, Beeskow  
Ferdinand Drommer, Dresden  
Werner Drusche, Rostock  
Wolfried Elle, Görlitz  
Rolf Ellermann, Rostock  
Rudolf Ellmann, Rostock  
Helmut Feist, Bln.-Fr'felde  
Dieter Felgentreu, Zühlisdorf  
Horst Gallasch, Pdm.-Kirchsteigf.  
Margot Gehrke, Bln.-Fr'felde  
Heinz Glawe, Rostock  
Helmut Göring, Bln.-Hellersdorf  
Karlheinz Götze, Flöha  
Georg Gornig, Bln.-Fr'felde  
Günter Grabow, Potsdam-West  
Alfred Große, Leipzig  
Lieselotte Herrich, Bln.-Treptow  
Herta Höchel, Schwerin  
Gerhardt Jendrek, Leipzig  
Ruth Knebel, Bln.-Hhsn.  
Werner Kirchner, Schmalkalden  
Egon Knoppe, Leipzig  
Siegfried Korth, Magdeburg  
Manfred Krahe, Schmalkalden  
Joachim Krause, Saalfeld  
Horst Kreutzahler, Bln.-Hhsn.  
Hans Lemme, Chemnitz  
Erwin Losch, Leipzig  
Herbert Mann, Bln.-Pankow  
Hans Marold, Pobershau  
Günter Marschner, Plauen  
Manfred Marx, Leipzig  
Hans-Heinrich Matthies, Stralsund

Hans Mayer, Grimmen

Wolfgang Mecklenburger, Dresden  
Ilse Morgner, Magdeburg  
Erwin Müller, Bln.-Marzahn  
Joachim Müller, Aschersl./Staßf.  
Johannes Münzel, Bln.-Hellersd.  
Charlotte Nagel, Bln.-Marzahn  
Rolf Nahte, Bln.-Köpenick  
Fritz Neumann, Delitzsch  
Ulrich Oberstein, Dresden  
Hanna Ogrodewicz, Wolfen  
Joachim Paschen, Halberstadt  
Karl-Heinz Peters, Cottbus  
Ellen Philipp, Bln.-Treptow  
Ingeborg Pille, Chemnitz  
Waltraud Pisek, Pdm.-Babelsberg  
Ingeborg Prätzel, Neubrandenb.  
Robert Reum, Bln.-Prenzl. Berg  
Manfred Richter, Bln.-Köpenick  
Werner Rössner, Chemnitz  
Heinz Rothe, Neubrandenburg  
Heinz Schach, Leipzig  
Ingeborg Scharnetzki, Cottbus  
Reinhold Schauer, Bln.-Karlsborst  
Karl-Heinz Schied, Bischofswerda  
Rolf Schmidt, Leipzig  
Sonja Schramm, Bln.-Marzahn  
Joachim Schulz, Chemnitz  
Rudolf Seibt, Bln.-Hhsn.  
Günther Senf, Stralsund  
Gerhard Setzpfand, Sachsenbg.  
Horst Skerra, Schwielowsee  
Bernhard Stephani, Bln.-Karlsb.  
Henny Strauch, Bad-Saarow  
Johannes Swidersky, Warmbad  
Gisela Weinhold, Chemnitz  
Ulrich Will, Leipzig  
Gerhard Zander, Aschersl./Staßf.



Auf Einladung des Vorstands der TIG Neustrelitz kam es zu einer Gesprächsrunde mit dem Bundestagskandidaten der SPD des Wahlkreises 18, dem jetzigen Bundestagsabgeordneten Herrn Götz-Peter Lohmann. In dem fast zweistündigen Gespräch legten beide Seiten ihre Standpunkte zu dem noch bestehenden Rentenstrafrecht und dem sich vollziehenden Sozialabbau sowie anderen interessierenden Politikfeldern dar. Dabei wurde deutlich, dass Herr Lohmann auf vielen Gebieten die regionalen Interessen der Bevölkerung unseres Bundeslandes vertritt. In wesentlichen Bereichen gab es Deckungsgleichheit mit den von uns vertretenden Positionen. So hat sich Herr Lohmann zu einer seiner Handlungsmaximen das Motto »Rentenrecht darf kein Strafrecht sein« gemacht. Zur Agenda 2010 der Bundesregierung hat er eine kritische Haltung und sieht die darauf aufbauenden Gesetzgebungen für Regionen mit so hoher Arbeitslosigkeit wie in seinem Wahlkreis für kontraproduktiv. Er setzt sich auch vehement gegen die weitere militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner Heide ein, die mit verheerenden Folgen für den Tourismus verbunden wäre. Er macht aber auch gleichzeitig deutlich, dass zur Durchsetzung seiner Vorstellungen kaum politische Mehrheiten zu schaffen wären und auch in seiner Fraktion selbst unter Abgeordneten aus den neuen Bundesländern verhärtete Auffassungen insbesondere gegen ehemalige Angehörige des MfS bestünden. Eine schnelle politische Regelung zur Abschaffung der Rentenkürzungen gemäß § 6 (2) und 7 AAÜG werde, es deshalb nicht geben. Ebenso wenig werde es in absehbarer Zeit wohl kaum zu einem Angleichen des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West kommen. Diesbezügliche Vorstöße würden sofort mit Argumenten schon jetzt bestehender hoher Transferleistungen für die Sicherung der Renten in den neuen Bundesländern abgeblockt.

Herrn Lohmann wurde unsere Auffassung dargelegt, dass mit der Beibehaltung des Ren-

tenstrafrechts nach 15 Jahren deutscher Einheit der Rechtsfrieden weiterhin beeinträchtigt wird. Dies kann und wird von den Betroffenen nicht widerspruchslos hingenommen werden. Wir werden weiterhin alle politischen und juristischen Möglichkeiten nutzen, um das Rentenstrafrecht endgültig zu beseitigen.

Herr Lohmann sieht aufgrund seines Listenplatzes – 5. Stelle in der Landesliste seiner Partei – nur über ein Direktmandat einen sicheren Weg, erneut in den Bundestag gewählt zu werden. Im Falle eines positiven Wahlausgangs werde er weiterhin wie bisher im Sinne seiner oben aufgezeigten Einstellungen im Deutschen Bundestag wirksam werden. Wir haben Herrn Lohmann Erfolge im Wahlkampf gewünscht und zum Ausdruck gebracht, dass wir sein weiteres Wirken im Bundestag begrüßen würden.

*Harald Günther*

#### Internetinformationen:

Der Wahlprüfstein der Linken.PDS »Zur Rente« kann nachgelesen werden unter:  
[www.isor-sozialverein.de/bei anderen gelesen.](http://www.isor-sozialverein.de/bei_anderen_gelesen)

#### Auf dem Büchermarkt:

**Neuerscheinung:** *Horst Schneider – Das Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)*

Gedenkstätten dienen gemeinhin dem Anliegen, das Nachdenken über Vergangenes zu fördern. Neuerdings wird indes übler Missbrauch in diesem Metier getrieben. Immer mehr Gedenkstätten dienen weniger der vorurteilslosen Erinnerung als der Verbreitung von blankem antikommunistischem Hass. Der Dresdner Historiker Horst Schneider hat sich mit mehreren überzeugenden Publikationen solcher politischer Instrumentalisierung angenommen und sie überzeugend widerlegt.

Das »Gruselkabinett des Dr. Hubertus Knabe(lari)« dürfte die zwingendste Dokumentation zu diesem Thema sein. Selbst der 1912 verstorbene Karl May ist als Kronzeuge für angebliche Stasi-Folter bemüht worden! Über-

Wir trauern um unsere  
verstorbenen Mitglieder

ERIKA AFFELT, Pdm.-Bornstedt  
WOLFGANG BRÜGGEMANN, Schönebeck  
GERDA BRUNK, Stendal  
HARRY DANKE, Leipzig  
ERICH EICHLER, Uhyst/Spree  
WERNER ELSTER, Neustrelitz  
HERBERT FÄRBER, Wolmirstedt  
HORST FINDEISEN, Grimma  
HEINZ FISCHER, Bln.-Köpenick  
WERNER HEIDER, Leipzig  
ALOID HIKEL, Pdm.-Drewitz  
EWALD HOFMANN, Bln.-Marzahn  
ILSE HOLICK, Magdeburg  
INGRID JANIK, Frankfurt/Oder  
KARL KIRSTEN, Grünheide  
ALICE KRAH, Worbis  
DR. HANS-JOCHEN MIROW, Bln.-Mitte  
REINHARD MÖSCHL, Cottbus  
ERICH MOHR, Lutherstadt Wittenberg  
GERHARD NAGUSCHEWSKI, Gosen  
HARTMUT NEUBERT, Bln.-Marzahn  
CHRISTIAN NIETZEL, Gera  
EGON PRÖPPER, Cottbus  
ELISABETH RADZUWEIT, Schwerin  
DIETER SCHIEKEL, Bln.-Friedrichsfelde  
WERNER SÖHNEL, Bln.-Friedrichshain  
PAUL TANDEZKI, Sassnitz  
RAINER TEICHLER, Kamenz  
ARNO THORSCH, Bln.-Friedrichsfelde  
ARNO WINDRICH, Leipzig  
GERHARD WOHNER, Espenhain  
GÜNTER ZEH, Bln.-Friedrichsfelde

**Ehre ihrem Andenken.**

haupt muss die aufwändige Ausstattung des Gruselkabinetts in Hohenschönhausen für die verfolgte Absicht als »gelungen« bezeichnet werden.

SPOTLESS-Reihe Nr. 179, ISBN 3-937943-14-5  
Preis 5,10 Euro

#### Von Mitglied zu Mitglied:

Ferienbungalow im **Thüringer Wald** – Nähe Neuhaus/Rennweg; ganzjährig, bis 4 Pers., ruhige Lage / Tel.: 036762 81 57, Fax: 036762 28241 / E-Mail: [manfred.willy.pohl@web.de](mailto:manfred.willy.pohl@web.de)

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 24.08.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.09.2005

Einstellung im Internet: 07.10.2005

Auslieferung: 13.10.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:  
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:  
Donnerstags von 15 bis 18 Uhr